

## Der Umgang mit Staatsinsolvenzen in der EU

Den Europäern bleibt gar keine andere Wahl: Sie müssen bis 2013 ein Verfahren finden, um Schuldenkrisen von Mitgliedstaaten nachhaltig lösen zu können. Notwendig ist das, weil die Regierung in Athen nur vorläufig gerettet ist: Griechenland erhält von der Euro-Zone nur drei Jahre lang Kredit. Und auch über die anderen hochverschuldeten Euro-Staaten hat die EU nur für drei Jahre einen Schutzschirm gespannt. Sollte es danach immer noch zu Spekulationsattacken gegen Portugal, Irland oder Spanien kommen, stünde die EU wieder hilflos da.

Hinter den beiden größten EU-Staaten stehen zwei politische Lager, die sehr unterschiedliche Vorstellungen von einem dauerhaften Krisenmanagement haben. Hinter Frankreich versammeln sich jene Staaten, die den EU-Kreditrahmen von 500 Mrd. € für klamme Euro-Staaten gern zur Dauereinrichtung machen würden. Davon träumen die Regierungen in Athen, Rom, Madrid und Lissabon.

Die von Deutschland angeführten Staaten haben demgegenüber keine Lust, ihre defizitären Partner auf immer und ewig bedingungslos mit Krediten und Bürgschaften über Wasser zu halten. Zu dieser Gruppe gehören die Niederlande, Finnland, Österreich und Schweden. Sie alle wehren sich dagegen, dass die Steuerzahler der finanzstarken Staaten auf Dauer für finanzpolitische Fehler anderer europäischer Regierungen haften müssen. Die klammen Euro-Staaten selbst und vor allem ihre Kreditgeber sollten künftig für die Folgen einer verantwortungslosen Schuldenpolitik geradestehen. Deshalb kämpft Angela Merkel seit Monaten dafür, ein geordnetes Umschuldungsverfahren für Euro-Staaten zu schaffen. Damit würde ein Schuldenschnitt möglich: Das betroffene Land verlöre seine Kreditwürdigkeit an den Märkten und seine Gläubiger büßten einen Teil ihrer Forderungen ein.

Erstmals ist von einer "angemessenen Beteiligung privater Gläubiger" die Rede. Gleichzeitig will man jedoch auf automatische Sanktionen für notorische Haushaltssünder in der EU verzichten. Die europäischen Regierungschefs entscheiden bereits bei ihrem kommenden Gipfeltreffen Ende Oktober, ob die EU dieses Thema überhaupt anpacken wird!

Bisher setzt sich nur Deutschland massiv für ein neues Umschuldungsgesetz für insolvente europäische Staaten ein. Noch schwieriger wird es für Merkel, die anderen EU-Regierungschefs auf ihre Seite zu ziehen. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Großbritannien, Irland und den Niederlanden ist die Bevölkerung europaskeptisch. In allen vier Ländern müssen die Regierungen befürchten, dass Volksabstimmungen über Vertragsreformen scheitern.

Es liegt im ureigenen Interesse Deutschlands und seiner Steuerzahler, dass eine geordnete staatliche Insolvenz in der Euro-Zone möglich wird. Die inzwischen hochverschuldeten anderen Staaten der EU sehen das naturbedingt anders. Erfahrungsbedingt wird es wieder Jahre dauern, bis womöglich faule Kompromisse geschlossen werden – wenn es dann nicht schon zu spät ist.

Eine schöne Woche!

Heiko Kolodzik